

nierten Geh- und Radweg zur Grundschule in der Ortslage Fünfeichen

II.Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 12.02.2014
2. Berufung der Werkleiterin des Eigenbetriebes Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung (KWU)

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Frau Fitzke stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Landrat sagt, dass er nach dem TOP 20 im öffentlichen Teil noch eine persönliche Erklärung abgeben möchte. Des Weiteren bittet er darum, den nichtöffentlichen Teil um einen weiteren TOP 3 – Information zu einer Personalie – zu erweitern.

Frau Fitzke bittet danach die Abgeordneten um Zustimmung der erweiterten Tagesordnung.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.02.2014

Die Niederschrift der Sitzung vom 12.02.2014 wird bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde stellt Herr E. Hensel aus Eisenhüttenstadt die Frage:

„Wieviele Bedürftige laut SGB zahlen in Eisenhüttenstadt anteilige KDU von ihrem Regelsatz, da ihre Kosten nicht „angemessen“ sind?“

Da auf die Frage von Herrn Hensel nicht sofort geantwortet werden kann, sagt ihm der Landrat eine schriftliche Beantwortung seiner Anfrage zu. Weitere Fragen von Einwohnern aus dem Landkreis Oder-Spree werden nicht gestellt.

Zu TOP 5 Beantwortung schriftlicher Anfragen der Fraktionen durch den Landrat

Schriftliche Anfragen der Fraktionen an den Landrat liegen nicht vor.

**Zu TOP 6 Antrag zur Qualitätssicherung der Vorbereitung von Kreistagssitzungen
Vorlage: 1/DIE LINKE/2014**

Herr Dr. Stiller, Fraktion Die Linke, erläutert zunächst seinen Antrag zur Qualitätssicherung der Vorbereitung von Kreistagssitzungen. Er betont, dass niemand fehlerfrei ist, er jedoch von der Häufigkeit der Fehler in der Zusammenfassung der Abstimmungsergebnisse in letzter Zeit irritiert war. Er bittet die Abgeordneten um Zustimmung seines Antrages, um eine qualitative Verbesserung in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu erreichen und auch im Interesse der zukünftigen Abgeordneten. Danach betont der Landrat, dass die Unterlagen, die an die Abgeordneten versandt werden, natürlich korrekt sein müssen. Er sagt, dass nach Durchsicht der Unterlagen festgestellt wurde, dass es sich hierbei um eine minimale Fehlerquote handelt. Herr Zalenga sagt weiterhin, dass er den aufgeführten Punkt 2 im Beschlussvorschlag nicht nachvollziehen kann. Er geht davon aus, dass eigentlich jedem Abgeordneten klar sein müsste, welche Aufgaben der Kreisausschuss zu erfüllen hat und dass das Votum des Kreisausschusses immer das klare Bekenntnis zum Inhalt der Vorlage ist.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird beauftragt,

- 1. Die Qualität der den Kreistagsabgeordneten vor jeder Kreistagssitzung ausgehändigten Zusammenfassung der „Beratungsergebnisse der Fachausschüsse für den Kreisausschuss und für den Kreistag“ deutlich zu erhöhen.**
- 2. In dieser Zusammenfassung deutlich zu machen, dass der Kreisausschuss lediglich darüber entscheidet, ob die Vorlage im Kreistag behandelt werden soll.**

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 12 Nein 14 Enthaltung 14

**Zu TOP 7 Runder Tisch für Integration
Vorlage: 2/DIE LINKE/2014**

Herr Dr. Pech, Fraktion Die Linke, erläutert zunächst die Beweggründe zu seinem Antrag für einen „Runden Tisch zur Integration“.

Danach trägt Herr Beier, NPD, einen Änderungsantrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Kreistages des Landkreises Oder-Spree vor. Er lautet:

„Die unterzeichnenden Kreistagsabgeordneten beantragen der Kreistag möge folgende Änderung beschließen:

Der unter Tagesordnungspunkt 7 aufgeführte Antrag 2/DIE LINKE/2014, „Runder Tisch für Integration“ erhält folgende Fassung:

Der Kreistag beauftragt den Landrat einen „Runden Tisch zur Integration“ mit Vertretern der betroffenen Deutschen (soweit ansprechbar), aller betroffenen Kommunen, der Träger der Unterkünfte, des Landkreises, der Landespolizei, der Bundespolizei, des Zoll und Heimführungs-

experten der NPD einzuberufen und mit diesem Gremium kurz- und mittelfristige Schritte zur Begrenzung von eventuellen Schäden und zur beschleunigten Heimführung von aus der ZAST Eisenhüttenstadt übernommenen Personen zu beraten und Festlegungen zu deren Umsetzung zu treffen. Über die eingeleiteten Schritte ist der Kreistag in seiner zweiten Sitzung nach der Kommunalwahl zu informieren.

Begründung:

Die Zahl der Zuweisungen von integrationsunfähigen und –unwilligen Personen steigt dramatisch. Schon eine vorsichtige Schadensprognose lässt eine dynamische Schadenszunahme erwarten.

Die Belastungen sind bereits jetzt unerträglich. Durch ein breites zivilgesellschaftliches Engagement und zivilen Ungehorsam von Gesellschaft und öffentlicher Verwaltung kann der Schaden eingegrenzt und zurückgedrängt werden. Hierzu kann ein Runter Tisch zur Integration der betroffenen Deutschen als Zeichen für deutsche Toleranz gegen migrantische Gewalt und ideologischen Extremismus sicherlich beitragen.“

Unterzeichner:

Klaus Beier Kokott Manuela
NPD NPD

Anschließend bittet Frau Fitzke die Abgeordneten um die Abstimmung zum Antrag der NPD.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja mehrheitlich Nein

Danach begrüßt der Landrat das Abstimmungsergebnis der Abgeordneten zum Antrag der NPD.

Auf den Antrag von Herrn Dr. Pech eingehend sagt er, dass er natürlich jegliches Engagement von Bürgern sehr vernünftig findet. Er betont jedoch, dass es sich hierbei um Pflichtaufgaben zur Erledigung nach Weisung handelt, die einer Beschlussfassung am runden Tisch nicht zugänglich sind.

Herr Zalenga verweist darauf, dass der Landkreis Oder-Spree im ständigen Kontakt mit den Verwaltungen der Städte Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt steht. Beide Bürgermeister haben an der Gesprächsrunde mit dem Innenminister des Landes Brandenburg teilgenommen und es fand eine Beratung zur Problematik im Hause des Landratsamtes statt. Der Landrat betont, dass er deshalb auch weder in Fürstenwalde, Eisenhüttenstadt und Beeskow einen runden Tisch für wenig sinnvoll hält. Wichtig wäre es, dass eine weitere Beteiligung von ehrenamtlich tätigen Bürgern in den Städten erfolgt. Der Landrat macht den Vorschlag, dass im Kreistag über die Beratungen regelmäßig informiert wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag beauftragt den Landrat einen „Runden Tisch zur Integration“ mit Vertretern der Betroffenen (soweit ansprechbar), der großen aufnehmenden Kommunen, der Träger der Unterkünfte und des Landkreises einzuberufen und mit diesem Gremium kurz- und mittelfristige Schritte zur Betreuung und Integration von aus der ZAST Eisenhüttenstadt übernommenen Personen zu beraten und Festlegungen für deren Umsetzung zu treffen.

Über die eingeleiteten Schritte ist der Kreistag in seiner zweiten Sitzung nach der Kommunalwahl zu informieren.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 18 Nein 15 Enthaltung 8

Zu TOP 8 Das Freihandelsabkommen TTIP stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen
Vorlage: 3/DIE LINKE/2014

Herr Dr. Pech erläutert den Abgeordneten kurz die Begründung seines Antrages, das Freihandelsabkommen TTIP zu stoppen und bittet um Zustimmung, um damit die Kommunale Daseinsvorsorge zu schützen.

Herr Zalenga verweist anschließend darauf, dass zum Antrag 3/Die Linke/2014 ein Austauschblatt als Tischvorlage vorliegt. Darin wurde ein Schreibfehler korrigiert.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree fürchtet durch das derzeit von der EU-Kommission hinter verschlossenen Türen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CETA) negative Konsequenzen z.B. für die öffentliche Auftragsvergabe, die Energieversorgung, den Umweltschutz wie auch für die Tarife und Arbeitsbedingungen der kommunalen Gesellschaften und Eigenbetriebe.

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree lehnt eine weitere Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels ab, welche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. im Bereich der Bildung, der Kulturförderung, der Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlichem Nahverkehr oder der Wasserversorgung beinhaltet.

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree fordert den Landkreistag auf, sich gegen das geplante Abkommen zu positionieren und entsprechend sowohl bei der Bundesregierung wie auch bei der EU-Kommission zu intervenieren.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 20 Nein 13 Enthaltung 11

Zu TOP 9 Änderung der Richtwerte zur Ermittlung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft
Vorlage: 4/CDU/2014

Herr Lindemann erläutert, dass der Antrag in der vorliegenden Form nicht so abgestimmt werden darf, da hier ansonsten geltendes Recht verletzt werden würde. Der Beschlussvorschlag sieht vor, die Kosten der Unterkunft neu zu regeln und die ermittelten Grenzwerte an das tatsächliche Mietniveau anzupassen. Herr Lindemann betont, dass hier weder die Verwaltung des Landkreises Oder-Spree noch der Kreistag eine Regelungskompetenz besitzen. Diese Fragen wurden bereits durch das SGB II, § 22, abschließend geregelt. Das Bundessozialgericht hat hierzu klare Maßstäbe definiert, wie die Angemessenheit bezogen auf die Standards auszulegen sind. Aus diesen Gründen hat sich Herr Lindemann mit Herrn Luhn auf folgende Änderung des Beschlussvorschlages des CDU-Antrages 4/CDU/2014 verständigt:

„Der Landrat wird beauftragt, die derzeit geltenden Angemessenheitswerte in dem vorgesehenen Verfahren fortzuschreiben, das heißt: Für die Zeit nach Ablauf des 4-jährigen Geltungszeitraumes, im Mai 2015, ist die Angemessenheit auf der Grundlage eines neuen Mietwertgutachtens zu ermitteln.

Dabei soll der Auftragnehmer einen besonderen Blick auf die Marktverhältnisse in der Ballungsrandzone insbesondere der Region um Erkner, Woltersdorf, Schöneiche bei Berlin und Grünheide/Mark, richten.“

Anschließend beantwortet Herr Luhn, CDU-Fraktion, die Anfrage von Frau Tschiersky, Fraktion Die Linke, aus welchen Gründen die CDU-Fraktion diesen Antrag gestellt hat.

Danach bekräftigt Herr Dr. Pech, dass die im Jobcenter des Landkreises Oder-Spree geleistete Arbeit bei den Kosten der Unterkunft zu würdigen ist. Er erklärt, dass durch die Mietentwicklung in den Ballungszonen insbesondere um Erkner, Woltersdorf, Schöneiche und Eisenhüttenstadt Probleme von Bürgern verstärkt auftraten. Mit diesem Thema ist ein weiterer vernünftiger Umgang nötig, indem man sich nicht nur auf statistische Werte bezieht und im Zweifel immer der Einzelfall zu prüfen ist.

Frau Alter, SPD & Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt die Arbeit des Jobcenters und betont, dass die Einzelfallentscheidungen sehr verantwortungsbewusst getragen werden.

Frau Fitzke bittet die Abgeordneten abschließend um die Abstimmung des Antrages der CDU-Fraktion 4/CDU/2014.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft für Bezieher von Grundsicherungsleistungen neu zu regeln.

Die ermittelten Grenzwerte der Angemessenheit der KdU für die Wohnmarkttypen I bis IV des Landkreises sind auf das tatsächliche Mietniveau anzupassen. Hierbei ist besonders darauf zu achten, dass Mietverträge vor der Neuregelung der Grenzwerte der Angemessenheit der KdU (ab 1. April 2012) ein Bestandschutz eingeräumt wird, da der Abschluss des Mietvertrages mit Zusicherung des Jobcenters erfolgte. Die Änderung der Richtwerte ist möglichst rückwirkend zum 01.01.2014 zu beschließen.

Mehrheitlich zugestimmt

Enthaltung 2

Zu TOP 10 Stellungnahmen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2014 des Landkreises Oder-Spree Vorlage: 017/2014

Herr Buhrke erläutert die Vorlage 017/2014.

Er betont, dass der Landkreis Oder-Spree gut gewirtschaftet hat und der Haushalt deshalb auch „echt“ ausgeglichen ist. Durch die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst müssen insgesamt 1,5 Millionen Euro eingestellt werden, das sind 750 000 Euro mehr als bereits geplant.

Herr Buhrke erklärt, dass der Landkreis Oder-Spree seit 3 Jahren den drittniedrigsten Hebesatz bei der Kreisumlage im Land Brandenburg hat. Abschließend bittet er die Abgeordneten darum, die Anträge der 4 Kommunen zur Reduzierung des Hebesatzes der Kreisumlage abzulehnen.

Er sagt, dass noch eine weitere Stellungnahme mit gleichlautendem Inhalt vorliegt.

Der Hebesatz der Kreisumlage von 42,8 v.H. soll so beibehalten werden.

Herr Buhrke sagt auf eine Nachfrage von Herrn Jürgens, Fraktion Die Linke, dass keine zusätzliche Arbeitsgruppe erforderlich ist. Die Arbeitsgruppe ist der Kreistag selbst und außerdem finden regelmäßig mit den Bürgermeistern und Kämmerern der Kommunen Gesprächsrunden statt.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und Frau Fitzke bittet die Abgeordneten um Abstimmung der Vorlage 017/2014.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahmen des Amtes Neuzelle, der Gemeinde Tauche und der Stadt Friedland werden zur Kenntnis genommen. Der Hebesatz der Kreisumlage von 42,8 v. H. wird nicht verändert.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 4

**Zu TOP 11 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
Vorlage: 008/2014**

Zur Vorlage 008/2014 gibt es keine Wortmeldungen und Frau Fitzke bittet die Abgeordneten um die „Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt

- die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014
- der Landrat berichtet über die Erfüllung des Haushaltsplanes 2014 per 30.06.2014, 30.09.2014 und 31.12.2014
- den Wirtschaftsplan des „Kommunalen Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ für das Wirtschaftsjahr 2014

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 3

**Zu TOP 12 Bestellung eines Prüfers des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 006/2014**

Von den Abgeordneten gibt es zur Vorlage 006/2014 keine Nachfragen oder Wortmeldungen. Frau Fitzke bittet dann um die Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree stimmt der Bestellung von Herrn Steven Martin als Prüfer des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes zu.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 13 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung des Landkreises Oder-Spree für die ehrenamtlichen Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse
Vorlage: 014/2014**

Frau Fitzke bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 014/2014. Es gibt keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die anliegende 1. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung des Landkreises Oder-Spree für die ehrenamtlichen Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 14 Jugendförderplan 2014-2017 - Fortschreibung
Vorlage: 007/2014**

Da es zur Vorlage 007/2014 keine Wortmeldungen gibt, bittet Frau Fitzke die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag bestätigt die Fortschreibung des Jugendförderplanes für den Zeitraum 2014 – 2017 als Arbeitsgrundlage und Bestandteil der Jugendhilfeplanung sowie als Untersetzung zum Haushaltsplan

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 2 Enthaltung 1

**Zu TOP 15 Anpassung der Gemeindegrenze zwischen der Gemeinde Heidese
(Landkreis Dahme-Spreewald) und der Stadt Storkow (Mark) (Landkreis
Oder-Spree) an den Straßenverlauf der Kreisstraße K 6746 (10)
Vorlage: 010/2014**

Da es hierzu keine Wortmeldungen gibt, bittet Frau Fitzke die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 010/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Oder-Spree stimmt dem Gebietsänderungsvertrag zwischen der Gemeinde Heidese, Lindenstraße 14 b, 15754 Heidese und der Stadt Storkow (Mark), Rudolf-Breitscheid-Straße 74, 15859 Storkow (Mark) zur Änderung der Gemeindegrenze zu.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 16 Anpassung der Gemeindegrenze zwischen der Gemeinde Jamlitz
(Landkreis Dahme-Spreewald) und der Stadt Friedland (Landkreis O-
der-Spree) an den Straßenverlauf der Kreisstraße K 6101 (10) des
Landkreises Dahme-Spreewald
Vorlage: 011/2014**

Frau Fitzke bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 011/2014.
Wortmeldungen oder Nachfragen gibt es hierzu nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Oder-Spree stimmt dem Gebietsänderungsvertrag zwischen der Gemeinde Jamnitz, vertreten durch das Amt Lieberose/Oberspreewald, Kirchstraße 11, 15913 Straupitz und der Stadt Friedland, Lindenstraße 13, 15848 Friedland zur Änderung der Gemeindegrenze zu.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 17 Grundsatzbeschluss zum weiteren Um- und Ausbau des Carl Bechstein Gymnasiums Erkner
Vorlage: 015/2014**

Herr Dr. Pech erklärt in seinen Ausführungen seine Zustimmung zur Vorlage 015/2014. Er sagt, dass es jedoch nicht einfach ist, den Abriss des alten Gebäudes den Bürgern zu vermitteln. Er geht jedoch davon aus, dass mit der gewählten Konzeption auch den möglichen Entwicklungen Rechnung getragen wird.

Herr Schulze sagt, dass der Neubau für die Zukunft und Entwicklung der jungen Leute sehr vorteilhaft ist. Ihm ist bekannt, dass es hierzu in Erkner viele kontroverse Diskussionen gibt. Nach vielen Diskussionen und Beratungen in den Gremien hat sich herausgestellt, dass durch den Neubau die richtige Entscheidung getroffen wird. Er sagt, dass auch der Heimatverein diesem

Beschlussvorschlag zustimmt.

Herr Jürgens sagt, dass es die richtige Entscheidung ist, den Neubau zu beschließen. Der Altbau entspricht nicht mehr den Anforderungen an den Schulbetrieb eines Gymnasiums. Auch den Anforderungen an Inklusion wie z.B. für Rollstuhlfahrer usw. kann der Altbau nicht mehr gerecht werden.

Der Landrat betont, dass er sich letztendlich von den vorliegenden Fakten für einen Neubau überzeugen ließ. Alle anderen denkbaren Varianten wären an Grenzen gestoßen. Er sagt, dass die Verwaltung versucht hat, eine zukunftsorientierte Lösung vorzuschlagen. Dennoch kann er die geübten Kritiken völlig nachvollziehen. Er bittet die Abgeordneten um Ihre Zustimmung zur Beschlussvorlage 015/2014.

Abschließend sagt Herr Dr. Schröter, BJA/BVOS & BVB/50 Plus, dass er dem Neubau mit gemischten Gefühlen zustimmen wird. Er sagt, dass ihm der Abriss des Bauwerkes, welches erst vor 10 Jahren errichtet wurde, „außerordentlich leid tut“.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und Frau Fitzke bittet um Abstimmung der Vorlage 015/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung der Variante 3.

Mehrheitlich zugestimmt
Enthaltung 2

Anschließend sagt der Landrat, dass Herr Dr. Stiller im „Spreboten“ zitiert wird, dass in den letzten 23 Jahren der Respekt der Verwaltung vor dem Kreistag immer mehr abgenommen hat. Diese Aussage kann Herr Zalenga nicht nachvollziehen und weist diese vehement zurück. Er betont, dass die Zustimmung zum Haushalt durch eine breite Mehrheit nicht deutlich macht, dass sich die Kreistagsabgeordneten ihrer Verantwortung nicht bewusst sind und dass sie nicht oberflächlich über grundsätzliche Entscheidungen hinweggehen. Das Gegenteil ist der Fall. In der letzten Wahlperiode wurde ein Stil des Umgangs miteinander gefunden, der von gegenseitiger Achtung und Vertrauen getragen war. Jede Einzelentscheidung wurde mit Blick auf die Haushaltssituation entschieden. In den vergangenen Jahren wurden viele Grundsatzentscheidungen für Investitionen getroffen. Auch zu den Prioritätenlisten wurden harte, aber faire Diskussionen geführt. Der Landrat sagt, dass auch im nächsten Kreistag bei jeder Einzelentscheidung der Haushalt im Blick behalten wird.

Herr Zalenga erklärt, dass er mit der Verwaltung stolz auf das mit dem Kreistag Erreichte ist. Der Landkreis Oder-Spree ist geprägt von einer soliden wirtschaftlichen Lage. Es wurde eine Bildungsinfrastruktur geschaffen, die den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sein wird. Weiterhin ist eine gute Verkehrsinfrastruktur vorhanden, die den Vergleich mit anderen Landkreisen nicht scheuen muss und es gibt eine vergleichsweise gute gesundheitliche Betreuung der Menschen im ambulanten und stationären Bereich. Der Landkreis Oder-Spree ist geprägt von einer soliden Haushaltspolitik mit der drittniedrigsten Kreisumlage in Brandenburg. Auch das Job-Center des Landkreises Oder-Spree leistet gute Arbeit und hat gezeigt, dass die Entscheidung zur Option richtig war.

Danach bedankt sich der Landrat für die gute Zusammenarbeit bei allen Abgeordneten des Kreistages und den berufenen Bürgern in den Ausschüssen und Beiräten. Des Weiteren geht sein Dank an alle Mitarbeiter des Hauses, an die Mitarbeiter des Kreistagsbüros, an die Bürgermeister und Amtsdirektoren sowie an die Vertreter der Medien. Des Weiteren bedankt er sich auch bei den Bürgern und Vertretern der Wirtschaft für konstruktive Kritiken und Hinweise. Der Landrat sagt, dass eine Kernforderung der Menschen, die 1989 auf die Straße gegangen sind, war, dass „freie und geheime demokratische Wahlen“ stattfinden. Deshalb wünscht er sich eine hohe Wahlbeteiligung zu den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014.

Abschließend bedankt sich der Landrat persönlich bei der Kreistagsvorsitzenden Frau Fitzke für ihre geleistete Arbeit. Des Weiteren bedankt sich Herr Zalenga für die geleistete Arbeit des Geschäftsordnungsausschusses, in dem die anliegenden Sachverhalte in einem fairen und konstruktiven Miteinander besprochen wurden. Er wünscht Frau Fitzke und den Mitgliedern des Geschäftsordnungsausschusses vor allem Gesundheit und privat weiterhin alles Gute. Der Landrat wünscht sich, dass mit dem neuen Kreistag ebenfalls so eine konstruktive und zielorientierte Zusammenarbeit möglich ist.

Frau Fitzke bedankt sich bei den Abgeordneten für das entgegengebrachte Vertrauen und die Achtung für das Präsidium des Kreistages. Sie bedankt sich bei der gesamten Verwaltung für das faire Miteinander. Den Abgeordneten, die bei der Kommunalwahl erneut antreten, wünscht Frau Fitzke viel Erfolg bei der Wahl. Den ausscheidenden Abgeordneten wünscht Frau Fitzke ein „gute Zeit“ und Zufriedenheit. Sie betont: „Nur wer zufrieden ist, wird auch glücklich sein“

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Vorbereitung des Neubaus eines straßenbegleitenden Radweges an der Kreisstraße K 6709 von Kieselwitz bis Fünfeichen auf einer Länge von ca. 3.350 m.

Mehrheitlich zugestimmt
Enthaltung 1

Lieselotte Fitzke

Vorsitzender des Kreistages

stellv. Vorsitzende des
Kreistages

Irmtraud Lehmann Renate
Wießner
Schriftführer/in